

Allgemeine Informationen zur Umsetzung der datenschutzrechtlichen Vorgaben der Artikel 13 und 14 der Verordnung (EU) 2016/679 (Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO)) bzw. des § 55 Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) im Zusammenhang mit der Bearbeitung von Bürgerbriefen in der Abteilung Strafrecht der Behörde für Justiz und Verbraucherschutz

Verantwortlich für die Datenverarbeitung ist die

Behörde für Justiz und Verbraucherschutz Hamburg

Drehbahn 36

20354 Hamburg

Tel.: 040 42828-0

Fax: 040 4273-13245

Email: poststelle@justiz.hamburg.de

Der Datenschutzbeauftragte der Behörde für Justiz und Verbraucherschutz Hamburg ist erreichbar unter:

Drehbahn 36

20354 Hamburg

E-Mail: jbdatschutz@justiz.hamburg.de

Personenbezogene Daten werden verarbeitet, um die mitgeteilten Anliegen von Bürgern bzw. Bürgerinnen aufklären und ihre Briefe beantworten zu können.

Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung sind je nach Lage des Einzelfalles Art. 6 Abs. 1 Buchst. c) und e) sowie Art 9 Abs. 2 Buchst. e), f), g) DS-GVO bzw. §§ 47, 48 BDSG.

Die personenbezogenen Daten können im Zuge der vorstehend beschriebenen Verarbeitungstätigkeit weitergegeben werden an

- Vorgesetzte
- (General-)Staatsanwaltschaft,
- ggf. Innenrevision oder Rechnungshof
- ggf. IT-Abteilung bzw. beauftragte externe IT-Dienstleister
- ggf. Gericht
- andere ggf. zuständige Behörden

Die Daten werden im elektronischen Archiv ELDORADO abgelegt, wo ihre Löschung gemäß den Aufbewahrungsbestimmungen der Aktenordnung der Behörde für Justiz

und Verbraucherschutz erfolgt. Worddateien und ggf. E-Mails werden zeitweilig vorgehalten und in unregelmäßigen Abständen, jedoch vor Ablauf der Aufbewahrungsfristen gelöscht.

Wenn im jeweiligen Einzelfall die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen, haben Sie nach der DS-GVO bzw. dem BDSG folgende Rechte:

- Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten (Art. 15 DS-GVO, § 57 BDSG)
- Berichtigung unrichtiger personenbezogener Daten (Art. 16 DS-GVO, § 58 BDSG)
- Löschung personenbezogener Daten (Art. 17 DS-GVO, § 58 BDSG)
- Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DS-GVO, § 58 BDSG)
- Widerspruch gegen die Verarbeitung (Art. 21 DS-GVO).

In den Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland oder des Landes Hamburg kann vorgesehen sein, dass die nach der DS-GVO bestehenden Rechte beschränkt werden (Art. 23 DS-GVO).

Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft die Behörde für Justiz und Verbraucherschutz, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür im Einzelfall erfüllt sind.

Es besteht ein Beschwerderecht beim Hamburgischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit (Ludwig-Erhard-Str. 22, 20459 Hamburg, <https://datenschutz-hamburg.de>).